



Strategie

2025

STRATEGISCHE ZIELE
DES DEUTSCHEN PFLEGEVERBANDES

DPV - Unser Anliegen

Der Deutsche Pflegeverband ist eine freie und gemeinnützige Vereinigung zur Vertretung der Interessen beruflich Pflegenden, Patienten und pflegender Angehöriger. Unsere Arbeit ist zukunftsweisend und stärkt die Berufsgruppe der Pflegenden.

Unsere Vision ist es, der prägende Verband für Heilberufe zu sein, um für die Pflegeprofession sowie die Pflegebedürftigen in Deutschland eine bessere Zukunft zu sichern. Diese Vision realisieren wir gemeinsam mit dem Deutschen Pflegerat und den Landespflegeräten.

Unsere Strategie: Die professionelle pflegerische Versorgung ist in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2025 umgesetzt und durch die systematische Bildung, bewusste Beziehungsgestaltung, engagierte Berufspolitik und kontinuierliche Qualitätsentwicklung verwirklicht.

Wir werden uns für die Interessen der Heilberufe und Pflegebedürftigen deutschlandweit auf der politischen Ebene einsetzen, sodass bis zum Jahr 2025 die Abläufe und Strukturen in der Pflege sich deutlich verbessern werden. Den Weg zu diesem Ziel werden wir stets unter Wahrung unserer Werte – Kompetenz, Ehrlichkeit, Partnerschaft, Respekt, Vertrauen, Verantwortung und Hilfsbereitschaft - beschreiben.

Um gesellschaftliche als auch politische Änderungen und Fortschritte zu erreichen, ist es notwendig vorausschauend zu denken und zu planen. Aus diesem Grund haben wir unsere strategische Zielsetzung bis zum Jahr 2025 entwickelt. Unterteilt in vier Hauptkategorien Bildung, Beziehungsgestaltung, Berufspolitik und Qualität stellen wir auf den nachfolgenden Seiten unsere politischen Forderungen und den daraus resultierenden Nutzen für Pflegende und Pflegebedürftige vor.



DYNAMISCH
KOM**P**ETENT
AKTIV**V**

Das deutsche Gesundheitswesen steht heute zahlreichen Herausforderungen gegenüber, insbesondere die Meisterung des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels in der Pflege bilden die Schwerpunkte zukünftiger Arbeit.

Die Bevölkerung schrumpft und altert. Durch die stetig steigende Lebenserwartung und die seit Jahrzehnten niedrigen Geburtenzahlen kommt es bis zum Jahr 2030 zu erheblichen Verschiebungen in der Altersstruktur. Immer weniger jungen Menschen stehen immer mehr Über-65-Jährige gegenüber, die zudem immer älter werden. Mit dem Alter steigt auch das Risiko pflegebedürftig zu werden. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird von heute 2,4 Millionen auf 2,9 Millionen im Jahr 2020 und 3,4 Millionen Menschen im Jahr 2030 steigen. Zusätzlich wird sich die Anzahl der an Demenz Erkrankten Hochrechnungen zufolge bis 2060 verdoppeln auf 2,5 Mio. Betroffene.

Die Versorgung dieser Personen ist eine der zentralen sozialpolitischen Herausforderungen. Das Thema hat aber nicht nur sozialpolitische, sondern auch wirtschaftspolitische Relevanz.

Denn für die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen wird eine künftig sehr knappe Ressource dringend benötigt: Personal. Gefragt sind vor allem qualifizierte und motivierte Fachkräfte, die den steigenden Anforderungen gerecht werden.

Um die pflegerische Versorgung der Bevölkerung langfristig zu sichern und zu verbessern, wollen wir uns als Deutscher Pflegeverband gemeinsam mit unseren Mitgliedern für die Pflege stark machen. Wir fordern würdige Rahmenbedingungen für Pflegenden und zu Pflegenden!



Ihre Martina Röder
Vorstandsvorsitzende DPV



Ihr Rolf Höfert
Geschäftsführer DPV

Die pflegerische Versorgung der Bevölkerung in Deutschland ist unser Auftrag. Damit diese auch in Zukunft gesichert ist, muss die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Pflegenden in Deutschland den aktuellen Erfordernissen angepasst werden.

Ist-Zustand:

- separate Ausbildungen: Altenpflege, Krankenpflege, Kinderkrankenpflege
- nicht gesicherte Ausbildungsfinanzierung in der Altenpflege
- Budgets der Krankenhäuser entscheiden über Ausbildungsplatzkapazitäten
- Finanzierung von Fort- und Weiterbildung durch den Arbeitgeber ist zufallsbezogen
- unzureichende Praxisanleitung für Auszubildende
- fehlende Kompetenzdefinition in allen Bereichen der Pflegeausbildung und pflegerischen Qualifikationen

PFLEGEAUSBILDUNG

Unsere Forderungen:

- Berufsgesetz mit klarer Kompetenzdefinition Pflege
- Generalistische und grundständige Pflegeausbildung
- Zusammenführung der Ausbildungen zu einer Pflegeausbildung mit Schwerpunkten
- pflegeberufsbildende Schulen müssen aus der organisatorischen und wirtschaftlichen Verantwortung der Träger von Gesundheitseinrichtungen gelöst werden
- staatliche Absicherung der Finanzierung der Pflegeausbildung

Nutzen:

- Verbesserung der horizontalen und vertikalen Durchlässigkeit im Bildungssystem, d.h. ein Auszubildender kann während der Ausbildung seinen gewünschten Schwerpunkt festlegen und nicht bereits davor
- Verbesserung der Pflegequalität und Aufbau der erforderlichen Kompetenzen
- Aufwertung des Pflegeberufes durch Anerkennung der Pflege als Profession im Versorgungssystem

PFLEGEWISSENSCHAFT

Die Pflege als Studienfachrichtung bedarf einer Reform.

Unsere Forderungen:

- Die Pflegeerausbildung, muss an höheren Berufsfachschulen nach Landesrecht und an Hochschulen etabliert werden mit dem Ziel der akademischen Qualifizierung der Gesundheitsfachberufe
- mehr Promotionsmöglichkeiten und Verbindung von Theorie und Praxis
- Öffentliche Unterstützung von Forschungsprojekten in der Pflege

Nutzen:

- Sicherung der Bildungsstandards und der Qualität durch wissenschaftlich fundierte pflegerische Versorgungsmaßnahmen
- Steigerung des Anteils von akademisch ausgebildeten Pflegenden mit dem Ziel einer Gleichstellung der Pflege mit Ärzten und einer Aufwertung des Pflegeberufes

QUALIFIZIERUNG DER PFLEGEKRÄFTE

Pflegfachkräfte brauchen Weiterbildung.

Unsere Forderung:

- gesetzliche Verankerung der Fortbildungsverpflichtung für Pflegenden, Pflegeexperten und Führungskräfte mit mindestens 6 Tagen bzw. mindestens 30 Fortbildungspunkten im Jahr; Kostenübernahme für die Fortbildungsverpflichtung durch den Arbeitgeber, die Einrichtung bzw. den Träger bei gleichzeitiger Freistellung des Mitarbeiters

Nutzen:

- Sicherung der Pflegequalität
- Steigerung der Patientensicherheit
- Ausbau der beruflichen Fähigkeiten der Pflegenden
- Nachweis der Pflege nach aktuellem Stand der Wissenschaft



Beziehungsgestaltung

Die pflegerische Versorgung der Bevölkerung in Deutschland ist unser Auftrag. Damit diese auch in Zukunft gesichert ist, muss die Beziehung zwischen Pflegenden und Patienten/Bewohnern sowie deren Bezugspersonen neu gestaltet werden. Somit sind neue Strukturen und Maßnahmen notwendig, die eine Zusammenarbeit aller Akteure erleichtern und eine Kompetenz auf Augenhöhe mit allen Beteiligten im Gesundheitswesen ermöglichen.

Ist-Zustand:

- Pflegende als „Untergebene“ der Ärzte
- Rechtsunsicherheit im Rahmen der Delegation und Verantwortungsebenen
- Steigende Zahl der Pflegebedürftigen

DELEGATION GEM. §63 SGB V

Unsere Forderung:

Realisierung der Modellklausel des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes mit neuen Kompetenzen der Pflegeprofession und Übertragung der selbstständigen Ausübung von Heilkunde im Sinne des §63 SGB V.

Nutzen:

- Ausschöpfung des Wissenspotenzials aller an der Pflege beteiligten Personen
- partnerschaftliche integrative Versorgung und Assistenz durch gleichberechtigte Pflegenden, Ärzte und weitere Berufe im Gesundheitswesen

NEUE VERSORGUNGSKONZEPTE

Unsere Forderung:

Kommunen sind gefordert im Sinne des demographischen Wandels kreative Konzepte zur wohnortnahen Versorgungsqualität zu entwickeln und umzusetzen. Beispielhaft hierfür sind Pflegestützpunkte mit einem Netzwerk der Versorgungsbeteiligten. Zudem muss die Versorgung in ländlichen Regionen sichergestellt werden.

Nutzen:

- Verbesserung der Wohnbedingungen und Lebensqualität für Senioren und Pflegebedürftige
- Vernetzung aller Leistungserbringer und Ehrenamtlichkeit
- Reduktion von schnittstellenbedingten Versorgungsbrüchen

GENERATIONSÜBERGREIFENDE KOMMUNIKATION

Unsere Forderung:

Förderung des Austausches zwischen Generationen - Partnerschaften zwischen Kitas und Pflegeheimen.

Nutzen:

- Beseitigung von Generationskonflikten
- Weitergabe des Wissens und Lebenserfahrung älterer Menschen

Die pflegerische Versorgung der Bevölkerung in Deutschland ist unser Auftrag. Damit diese auch in Zukunft gesichert ist, muss der berufspolitische Rahmen für die Pflege neu gestaltet werden.

Ist-Zustand:

- Der eingeschränkte Pflegebedürftigkeitsbegriff (SGB XI) ist die Ursache von reduzierter Pflege, da psychische, präventive und rehabilitative Pflege kaum möglich ist. So z.B. werden demenzielle Erkrankungen, die einen erhöhten Pflegeaufwand bedeuten, zu wenig berücksichtigt.
- Berufsfremde treffen Entscheidungen für die Pflege
- Fachkräftemangel
- mangelnde Personalausstattung
- Zunahme Pflegebedürftiger
- Nach Wegfall der PPR (Pflegepersonal-Regelung) fehlen einheitliche Kriterien zur Einschätzung des Personalbedarfes. Im DRG-System werden zahlreiche pflegerische Leistungen nicht berücksichtigt.

EIGENSTÄNDIGES PFLEGEBERUFEGESETZ

Unsere Forderung:

Klare und verbindliche berufsrechtliche Regeln für das Handlungsfeld Pflege und als Rahmen der Berufsausübung.

Nutzen:

- Aufwertung des Pflegeberufes durch Anerkennung der Pflege als Profession
- Rechtssicherheit für Pflegenden

UMSETZUNG EINES NEUEN PFLEGEBEDÜRFTIGKEITSBEGRIFFS

Unsere Forderung:

Das neue Begutachtungsinstrument sollte folgende Module berücksichtigen: Mobilität, kognitive und kommunikative Fähigkeiten, Verhaltensweisen und psychische Problemlagen, Selbstversorgung.

Nutzen:

- Realistische Abbildung von Pflegebedürftigkeit bei daraus resultierenden Personalerfordernissen
- Bedarfs- und Leistungsbestandteile für die Vergütungsstruktur



PERSONALAUSSTATTUNG IN KRANKENHÄUSERN

Unsere Forderung:

Mindestpersonalbemessung für die Pflege und eine adäquate Abbildung und Refinanzierung des tatsächlichen Pflegeaufwandes im DRG-System.

Nutzen:

- Sicherung der Versorgungsqualität
- Bessere Rahmenbedingungen für Pflege
- Patientensicherheit

FÖRDERUNG DER ATTRAKTIVITÄT DER PFLEGE

Unsere Forderungen:

- Eine Vergütung, die der Qualifikation, Verantwortung und dem Aufgabenprofil entspricht
- bessere Arbeitsbedingungen durch angemessene Personalausstattung und wirtschaftlichen Humanismus ambulant und stationär - Patienten als auch Pflegende sind Menschen und keine Ware
- Angebot von Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten
- Sicherstellung adäquater und an den Qualitätsansprüchen ausgerichteter Finanzierung der pflegerischen Versorgung durch die Politik
- Beruf und Familie - familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Ausweitung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Nutzen:

- Aufwertung und gesellschaftliche Anerkennung des Berufes
- Gewinnung von Auszubildenden für den Pflegeberuf
- Rückgewinnung ausgestiegener Pflegekräfte



PFLEGEKAMMER

Selbstverwaltung und Mitbestimmung bei der pflegerischen Gesetzgebung

Das strategische Ziel des DPV aus dem Papier „Strategie 2015“ zur Einrichtung von Pflegekammern in den Bundesländern ist teilrealisiert; in Rheinland-Pfalz wird die Pflegekammer 2015 eingeführt und in zahlreichen Ländern steht dieses Vorhaben auf der Agenda.

Unsere Forderung:

Einführung einer Pflegekammer mit politischer Beteiligung und Vertretung der Pflege mit Sitz und Stimme in politischen Gremien.

Nutzen:

- Pflege entscheidet selbstständig über pflegerelevanten Themen
- Registrierung beruflich Pflegender
- Qualitätssicherung in der Pflege durch Zertifizierung

SOZIALGESETZE

Unsere Forderung:
Vernetzung von Pflegeversicherung (SGB XI), Rehabilitation (SGB IX), Krankenversicherung (SGB V) und Sozialhilfe (SGB XII)

Nutzen:

- Übersichtlichkeit und Eliminierung von Unklarheiten an Schnittstellen
- Entbürokratisierung
- Klientenorientierte Finanzierung und Ausgestaltung der sozialen Sicherung unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse des pflegebedürftigen und chronisch erkrankten Menschen

ELEKTRONISCHE GESUNDHEITSKARTE

Unsere Forderung:
Heilberufeausweis für alle Berufe im Gesundheitswesen

Nutzen:

- Entbürokratisierung und patientenorientierte Zusammenarbeit
- Vermeidung von Kommunikationsbrüchen zwischen den Professionen und Versorgungsbereichen

ÄLTERE PFLEGENDE IM BERUF

Unsere Forderungen:

- Lebenslange Ausübung der Pflegetätigkeit soll möglich sein
- Angepasste Arbeitsmodelle für ältere Pflegefachkräfte (weniger körperliche Tätigkeit, keine Nachtschichten, Ausführung eher organisatorischer Tätigkeiten)

Nutzen:

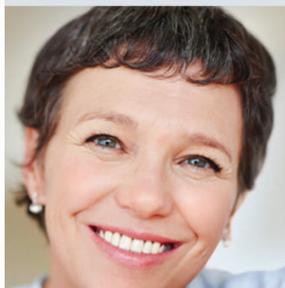
- Reaktivierung ausgestiegener „Pflegefachkräfte“
- Die Berufserfahrung älterer Mitarbeiter bleiben den Einrichtungen erhalten und werden an jüngere Pflegefachkräfte weitergegeben

Ich will Pflege ...

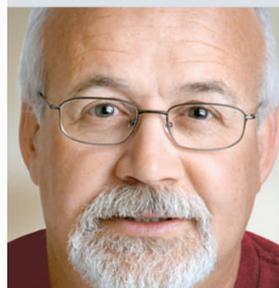
für mich!



für dich!



für alle!



Qualität

Die pflegerische Versorgung der Bevölkerung in Deutschland ist unser Auftrag. Damit diese auch in Zukunft gesichert ist, muss die Qualität der pflegerischen Versorgung gesichert und kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Ist-Zustand:

- die Einhaltung von Expertenstandards ist in der Praxis noch nicht selbstverständlich
- Pflegemängel werden ständig skandalisiert ohne Berücksichtigung jeweiliger Umstände und der defizitären Rahmenbedingungen
- Zahlreiche vorbeugende Maßnahmen und Prophylaxen (z.B. Dekubitusprophylaxe) werden durch die Kranken- und Pflegekassen nicht finanziert bei anschließender Unterstellung mangelhafter Pflege

EXPERTENSTANDARDS

Unsere Forderung:

Neue und überarbeitete sowie für die Praxis verbindliche Expertenstandards und Qualitätskriterien

Nutzen:

- Verbesserung der Pflegequalität
- Eine Qualität auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft
- Höhere Patientensicherheit

PFLEGEDIAGNOSTIK

Unsere Forderung:

Pflegediagnostik als Bestandteil des Pflegeprozesses muss selbstverständlich sein

Nutzen:

- Prägnant erhobene und fachliche Einschätzung des individuellen Pflegebedarfs
- Patientensicherheit/ -zufriedenheit
- Grundlage für die Pflegeplanung

PRÄVENTIONSGESETZ

Unsere Forderung:

- Verordnungsfähigkeit von Prophylaxen und aktivierender Pflege (z.B. Sturz und Dekubitus)
- Die nicht-medizinische Prävention und Gesundheitsförderung muss ein eigenständiger Bereich neben Heilung, Pflege und Rehabilitation werden

Nutzen:

- Verbesserung der Pflegequalität
- Vermeidung bzw. zeitliche Verschiebung chronischer Krankheiten
- Haftungsvermeidung für Pflegekräfte

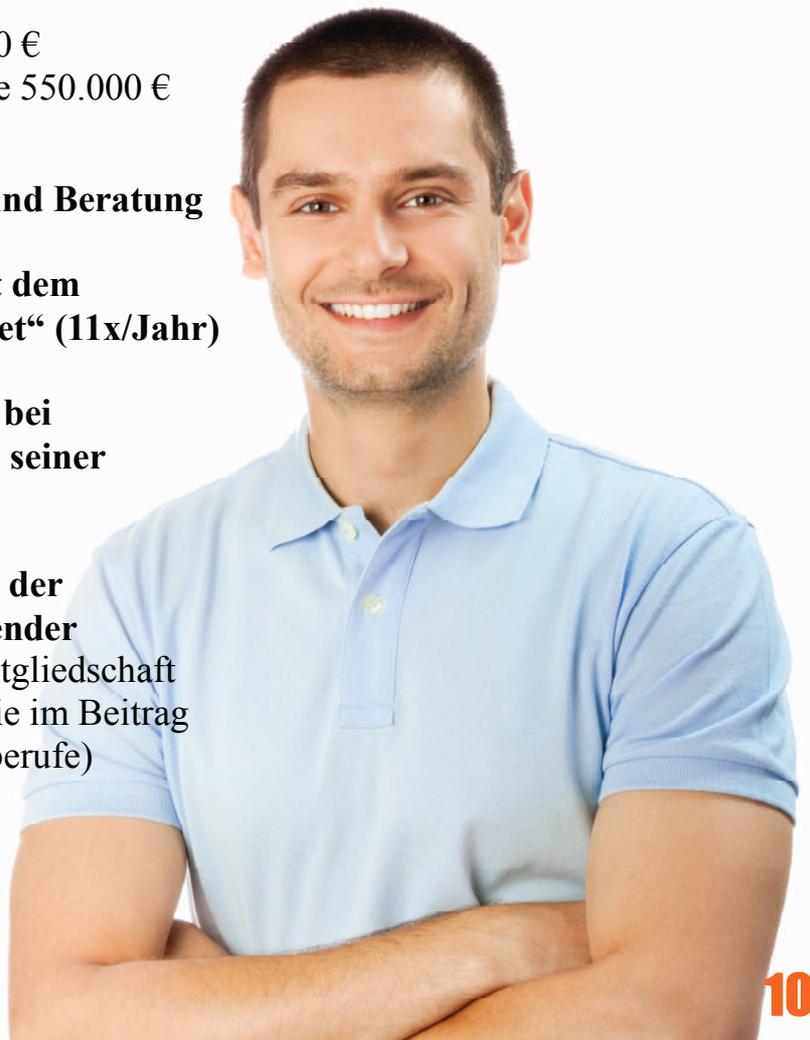
Wollen auch Sie nicht länger zur Pflegepolitik schweigen?

Der Deutsche Pflegeverband ist das Sprachrohr der Pflegenden, jedoch ist ein Sprachrohr umso bedeutender für je mehr Menschen es spricht. Somit ist die Stimme der Pflegenden in politischen Ausschüssen und Ministerien von unserer Mitgliederzahl abhängig. Deswegen zählt jedes einzelne Mitglied. Gemeinsam können wir für die Pflege viel bewegen und erreichen.

Mit Ihrer Mitgliedschaft geben Sie der Pflege eine Stimme mehr!

Zudem profitieren Sie als Mitglied von weiteren Leistungen:

- ▶ **Berufsrechtsschutzversicherung**
(Arbeits-, Disziplinar- und Standesrechtsschutz, Sozialrechtsschutz, Zivil- und Strafrechtsschutz)
- ▶ **Berufshaftpflichtversicherung**
(bei einfach und grob fahrlässig herbeigeführten Schäden)
 - Personenschäden bis 5 Mio. €
 - Sachschäden bis 1 Mio.€,
 - Vermögensschäden bis 50.000 €
 - Mietsachschäden für Gebäude 550.000 €
 - Schlüsselversicherung
- ▶ **Kostenlose Fachinformation und Beratung**
- ▶ **Fachzeitschrift Heilberufe mit dem Verbandsorgan „Pflege konkret“ (11x/Jahr)**
- ▶ **Ermäßigte Teilnehmergebühr bei Veranstaltungen des DPV und seiner Kooperationspartner**
- ▶ **Jährlich 6 Punkte im Rahmen der Registrierung beruflich Pflegenden**
(3 Fortbildungspunkte durch Mitgliedschaft und 3 Fortbildungspunkte für die im Beitrag enthaltene Fachzeitschrift Heilberufe)



Herausgeber:

Deutscher Pflegeverband
Mittelstraße 1
56564 Neuwied

Tel. 02631 -83880
Fax 02631 -838822

Bilder:

Deutscher Pflegeverband

© 123rf.com (S. 1, 4, 10)

© thinkstock.com
(Titelseite, S. 6,7)



www.dpv-online.de

info@dpv-online.de

Das Strategiepapier wurde vom Vorstand am 9. September 2013 verabschiedet und in der Mitgliederversammlung am 8. Oktober 2013 konsentiert.